



2017/17 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2017/17/die-politik-der-maskierten>

Die mexikanischen Zapatistas kritisieren staatsfixierte Linke

Die Politik der Maskierten

Von **Timo Dorsch**

Beim Kongress der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) in Mexiko stand die Kritik an der Staats- und Wahlfixierung der Linken im Mittelpunkt.

Keine Fahnen, keine Porträts – wenn der EZLN einlädt, kommt die Führungsriege der politisch-militärischen Massenorganisation im südöstlichen mexikanischen Bundesstaat Chiapas ohne Selbstbeweihräucherung aus. Gleichwohl sind die Zapatistas Meister der politischen Inszenierung. So begann der von ihnen einberufene Kongress »Die Mauern des Kapitals. Die Risse der Linken« in der bei Touristen äußerst beliebten Stadt San Cristóbal de las Casas. Fünf indigene Kommandantinnen eröffneten Mitte April in vier indigenen Sprachen und Spanisch mit wenigen trockenen Worten das viertägige Treffen. Subcomandante Galeano übersetzte sodann kurz ins Englische und grüßte den ungeliebten Präsidenten des nördlichen Nachbarlandes: »Fuck you, Trump!« Lachen und Applaus aus dem Publikum.

Beiträge waren von einem guten Duzend eingeladener Intellektueller und weiteren Rednern sowie den beiden Subcomandantes Moisés und Galeano zu hören. In erstaunlich leiser, fast schon bedachter Manier hörte das Publikum den Frontalvorträgen zu. Ein übergreifendes Thema war der globale Kapitalismus, der aufgrund überall fallender Profitraten, der Kapitalverschiebung in spekulative Bereiche sowie der Monopolbildung in seiner finalen Phase verortet wurde. Ein Kennzeichen dieser finalen Phase sei die Zunahme gewalttätiger Verhältnisse in Form des organisierten Verbrechens oder von Megaprojekten zur Energiegewinnung als Grundvoraussetzung eines funktionierenden Wirtschaftskreislaufs.

Das zweite Hauptthema war die Kritik an jenen Linken, die sich auf staatliche Institutionen und Wahlen fokussieren. Zuweilen komme der Verdacht auf, so der Tenor mancher Redner mit Blick unter anderem auf Westeuropa, dass sich die Linke, und nicht nur die etablierte, nach einer Rückkehr des Wohlfahrtsstaats sehne und sich damit ausschließlich innerhalb kapitalistischer Kategorien bewege. Denn, so der Rückgriff auf die marxistische Analyse, Staaten werden in ihrer politischen Gestaltungsmacht in letzter Konsequenz durch ökonomische Zwänge eingeschränkt.

In einem einstündigen Vortrag referierte Subcomandante Moisés am ersten Tag über Unterdrückungsverhältnisse auf chiapanekischen Fincas vor drei Generationen. Die Finca-Aufpasser von damals seien die Regierenden von heute. Doch wie die Aufpasser den damaligen Besitzern gehorchten, gehorchten auch die Regierenden einer übergeordneten Instanz: dem kapitalistischen System. Der Tojolabal-Indigene und Befehlshaber der zapatistischen Streitkräfte

schlussfolgerte: »Der Kapitalismus will die Welt in eine Finca verwandeln.«

Wenn Linke darauf zielten, die Macht im Staat zu erobern, sei das nichts anderes als die Übernahme der Agenda der Herrschenden und des kapitalistischen Systems. Nicht nur werde die Sichtweise übernommen, sondern Befürchtungen und Ängste seien dieselben. »Wenn der heutige Kampf sich nur um das Mögliche, um das politische Akzeptierbare dreht, dann ist das wie Selbstmord«, urteilte Sergio Rodríguez Lascano, ein ehemaliger Redakteur der prozapatistischen Zeitschrift *Rebeldía*, die seit einigen Jahren nicht mehr erscheint. Vielmehr komme es darauf an, so der Sozialwissenschaftler Carlos Antonio Aguirre Rojas, »auf die Welt von unten und von links zu schauen«. Von unten bedeute, so Aguirre Rojas, ausgehend von Ausbeutung, Diskriminierung, Unterdrückung und Repression, ausgehend von der Negativität des Denkens auf die Widersprüche, auf die Verhältnisse zu blicken, um diese radikal zu verändern.

Trotz Kritik an der Staatsfixierung der Linken hält der Nationale Indigene Kongress (CNI) an seiner Entscheidung fest, im Juni 2018 mit einer indigenen Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten. Cristián Chávez vom CNI resümierte am letzten Tag des Kongresses, dass die Indigenen ihr Überleben einzig ihren kollektiven Strukturen zu verdanken hätten und es aufgrund der kapitalistischen Entwicklung in letzter Zeit immer schwieriger für sie werde. Das primäre Ziel der Präsidentschaftskandidatur sei die gesellschaftliche Organisierung von unten.